
Seehofer

ARMIN WEIGEL / DPA

CSU

Koalition mit dem Volk

Parteichef Seehofer will Referenden ermöglichen, seine Bundestagsabgeordneten sind dagegen.

Die CSU streitet darüber, ob es künftig Volksabstimmungen auf Bundesebene geben soll. Mit einer entsprechenden Forderung stieß Parteichef Seehofer auf Kritik bei der CSU-Landesgruppe im Bundestag. „Mein Koalitionspartner ist die Bevölkerung“, hatte Seehofer auf einer Klausurtagung gesagt. Referenden seien ein sinnvolles Mittel, um die Bürger zu befrieden. Der innenpolitische Experte Hans-Peter Uhl ist anderer Ansicht: „Die Abgeordneten haben Verantwortung für vier Jahre“, diese dürfe man nicht aus Angst davor, abgewählt zu werden, delegieren. Weitere Abgeordnete sprachen sich gegen das Vorhaben aus, Grundgesetzänderungen durch Volksabstimmungen zu ermöglichen; auch Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt hält nichts davon. Im Entwurf für ein neues CSU-Grundsatzprogramm heißt es: „Wir wollen, dass das Grundgesetz durch das deutsche Volk auch auf dem Weg von Volksbegehren und Volksentscheid mit Zweidrittelmehrheit geändert werden kann.“ Über diesen Passus soll nun der Parteitag Anfang November befinden.
Seehofer betonte auf der Tagung auch, dass eine Obergrenze für Flüchtlinge weiterhin nötig sei. Die Krise sei noch nicht gemeistert. Damit stellte er sich gegen den Parteivize, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt. Der hatte erklärt, wegen der geringen Migrantenzahlen sei die Obergrenze überflüssig. ran

Verkehrswegeplan

Hendricks bremst Dobrindt aus

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) geht auf Kollisionskurs zu Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Er wollte den Entwurf für den neuen Bundesverkehrswegeplan kommende Woche vom Kabinett absegnen lassen. Diese Planung, so schrieb Hendricks ihm nun, werde sich „nicht aufrecht halten lassen“. Mit Verweis auf die Ressortabstimmung mahnte sie „zu mehreren Punkten noch Klärungsbedarf“ an. Zudem wandte sich Hendricks in einem Schreiben an die SPD-Bundestagsabgeordneten: Sie forderte einen Verkehrswegeplan, der nicht nur der zunehmenden Mobilität Rechnung trage, sondern „auch zum Erreichen wichtiger umwelt- und vor allem klimapolitischer Ziele beiträgt“. Der Koalitionspartner habe in dieser Legislaturperiode mehrfach für die SPD „sehr wichtige Projekte über lange Strecken verzögert“, deshalb „dürfen wir uns – und damit meine ich uns alle – ein solches Vorgehen nicht bieten lassen“. kn

AfD-Fraktion

Mehr Macht durch Spaltung?

Die AfD könnte im baden-württembergischen Landtag davon profitieren, dass sie sich nach einem internen Streit in zwei Gruppierungen aufgespalten hat. Sollte die neue „Alternative für Baden-Württemberg“ unter dem AfD-Bundessprecher Jörg Meuthen den Status einer Fraktion erhalten, könnte die AfD künftig leicht einen Untersuchungsausschuss einsetzen: Darüber müssten sich Meuthen und Konsorten nur mit ihren ehemaligen Kollegen einigen, die als Alt-AfD ohnehin Fraktionsstatus genießen. Laut dem Untersuchungsausschussgesetz wird der Landtag mit einem Antrag, der „von zwei Fraktionen unterzeichnet ist“, zur „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses verpflichtet“. Ein Untersuchungsausschuss ist das schärfste Mittel des Parlaments, um die Regierung zu kontrollieren. Das Präsidium des Landtags lässt derzeit durch drei Rechtsgutachter prüfen, ob auch der Neu-AfD der Fraktionsstatus zusteht. fri

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel